

Vorschläge der Verbraucherverbände für den Energiemarkt

Thu, 12/09/2021 - 12:39

Der Regierung und der ARERA wurde ein neues Aktionsprogramm zur grünen Transition und den Strom- und Gaspreiserhöhungen vorgelegt

Vor kurzem haben die 20 Verbraucherverbände des nationalen Verbraucherbeirats CNCU (Consiglio Nazionale dei Consumatori e degli Utenti), der Regierung, dem Mite (Ministero della Transizione ecologica), dem Mise (Ministero dello sviluppo economico) und der ARERA ein Dokument vorgelegt, welches sich mit der sehr ernstesten Situation im Energiebereich (Preiserhöhungen für Energie, Klimawandel, Vorschläge zur Beschleunigung des grünen Übergangs bis hin zur Energiearmut und zu den nicht schuldhaften Zahlungsausfällen) befasst.

Die Vorschläge, die den Regionen, Gemeinden und den Unternehmen, Arbeitnehmern und Umweltschützern unterbreitet wurden, um der "äußerst ernstesten Energie- und Klimasituation, die sich für unser Land, Europa und den gesamten Planeten abzeichnet", entgegenzuwirken, wurden gemeinsam von Acu, Adiconsum, Adoc, Adusbef, Altroconsumo, Associazione utenti dei servizi radiotelevisivi, Assoconsum, Assoutenti, Casa del Consumatore, Cittadinanzattiva, Codacons, Codici, Confconsumatori, Federconsumatori, Lega consumatori, Movimento Consumatori, Movimento difesa del cittadino, Udicon, Unione Nazionale Consumatori und Verbraucherzentrale Südtirol ausgearbeitet.

In diesem Dokument wird das nationale und internationale Energieszenario dargestellt, mit Fokus auf der Energiepreiskrise, die sich seit dem Frühjahr hinzieht und im letzten Sommer rasant zugenommen hat. Diese Krise trägt nämlich "die Spuren einer Strategie, die auf dem Fehler beharrt, ein energieintensives Entwicklungsmodell zu verzögern, wenn nicht gar fortzusetzen, und dadurch noch weit von den Zielen der Agenda 2030 für ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum und einen nachhaltigen Verbrauch entfernt ist".

Im Hinblick auf die hohen Rechnungen wird gefordert, dass die Verbrauchssteuern, die regionalen Steuern und die Systemabgaben (mit Ausnahme des Sozialbonus, der Ausgleichszahlungen für kleinere Elektrizitätsunternehmen und der Forschungsförderung) in die allgemeine Besteuerung einbezogen werden. Was die Mehrwertsteuer auf Gas betrifft, so wird die Anwendung eines Satzes von 10% auf den gesamten Verbrauch, und nicht nur auf die ersten 480 sm³ gefordert.

In Italien sind 11% der Haushalte von Energiearmut betroffen, jedoch erfüllen 30% dieser Haushalte nicht die Voraussetzungen für den Erhalt des Sozialbonus für Strom und Gas. Es ist daher notwendig, die Einkommensgrenzen anzuheben, die derzeit zu niedrig sind (ISEE-Wert unter 8.265 Euro pro Jahr).

Dringend erforderlich ist auch eine Definition des Begriffs "unverschuldete Zahlungsrückstände", da bisher nicht zwischen unverschuldeten und vorsätzlichen Zahlungsrückständen unterschieden wird, was dazu führt, dass Personen, die entlassen wurden oder deren Gesamteinkommen sich durch den Tod eines Familienmitglieds verringert hat, die Einstellung der Energieversorgung nicht vermeiden können.